Bericht über das Heinrich Heine Stipendium für junge Journalisten

1. September – 30. November 2013

Ausgeschrieben vom Verein der Freunde und Förderer der Maison Heinrich Heine und der Fondation de l'Allemagne – Maison Heinrich Heine

Jana Kinne

1. Vorwort

Drei Monate Paris, zwei Praktika und zahllose unvergessliche Erfahrungen liegen hinter mir. Es war eine intensive, lehrreiche und schöne Zeit in Paris, die ich in diesem Bericht Revue passieren lassen möchte. Bevor ich jedoch meine Vorbereitung auf die Zeit in Paris, meine Praktika und meinen Aufenthalt in der Maison Heinrich Heine beschreibe, möchte ich Frau Deussen, der Leiterin der Maison Heinrich Heine sowie den Mitgliedern des Vereins der Freunde und Förderer der Maison Heinrich Heine, die mir den Aufenthalt ermöglicht haben, meinen Dank aussprechen. Das Heinrich Heine Stipendium war für mich beruflich wie persönlich eine Bereicherung und eine einmalige Chance, wichtige journalistische Erfahrungen zu sammeln und berufliche Kontakte zu knüpfen.

2. Vorbereitung auf Paris

2.1 Studium und Französischkenntnisse

Als ich die Zusage für das Heinrich Heine Stipendium bekam, befand ich mich in meinem letzten Studienjahr an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Dort habe ich in einem Magisterstudiengang im Hauptfach Publizistik und in den Nebenfächern BWL und Psychologie studiert. Während meines Studiums habe ich verschieden Praktika im journalistischen Bereich absolviert und zwei Jahre lang als freie Mitarbeiterin bei der Frankfurter Rundschau gearbeitet.

Zur Vorbereitung auf die Praktika habe ich mittels der Lektüre verschiedener französischen Medien meine Sprachkenntnisse aufgefrischt. Französisch habe ich während meiner Schulzeit als erste Fremdsprache gelernt und in der Abiturzeit als Leistungskurs belegt. Zudem habe ich während meiner Schulzeit mehrfach an kurzen Austauschprogrammen nach Frankreich teilgenommen. Während meines Studiums bin ich häufig nach Frankreich gereist und habe durch die Lektüre von französischsprachiger Literatur und durch die Rezeption französischer Filme meine Sprachkenntnisse wach gehalten. Dennoch war das Praktikum in einer französischen Redaktion eine große Herausforderung für mich, da ich zuvor noch nicht journalistisch auf Französisch gearbeitet hatte.

2.2 Bewerbungen für die Praktika

Das Praktikum bei Le Monde, das ich im September absolvierte, wurde mir von Frau Deussen vermittelt. Da sie als Leiterin der Maison Heinrich Heine und als Mitglied der Société des Lecteurs du Monde gute Verbindungen zu Le Monde hat, stellte sie die Kontakte her und leitete mein Bewerbungsschreiben weiter.
Da ich mein Magisterstudium zum Zeitpunkt der Zusage noch nicht abgeschlossen hatte, konnte ich mir problemlos von der Uni Mainz eine Convention de Stage (Praktikumsvereinbarung) ausstellen lassen. Diese wurde von Le Monde als Voraussetzung für das Praktikum verlangt und war für die vorherigen Stipendiatinnen schwierig zu bekommen. Wenn man jedoch noch an einer Universität eingeschrieben ist, kann die Abteilung Internationales eine Praktikumsvereinbarung, die in Mainz bereits als Vordruck vorhanden ist, unterzeichnen.

Für das Praktikum im ARD Studio Paris schickte ich mein Bewerbungsschreiben direkt an die leitende Korrespondentin des Studios Ellis Fröder. Nach längerer Wartezeit meldete sich diese bei mir und sagte mir ein Praktikum im November zu. Dies wurde möglich, weil auch der WDR, der für das Studio in Paris zuständig ist, einwilligte. Dies war nicht selbstverständlich, da normalerweise keine Praktikanten im Auslandsstudio angenommen werden. Jedoch half der Verweis auf das Heinrich Heine Stipendium und die dadurch vorhandene finanzielle Absicherung, da der WDR kein Budget für die Bezahlung von Praktikanten zur Verfügung hat.

Generell gestaltete es sich als nicht einfach, einen Praktikumsplatz in Paris zu bekommen. Die meisten deutschen Journalisten arbeiten als freie Korrespondenten für mehrere Zeitungen. Oftmals haben sie kein eigenes Büro, sondern arbeiten von Zuhause aus und können aufgrund dieser schwierigen Arbeitsbedingungen keine Praktikanten aufnehmen. Eigene Büros haben meinen Informationen nach nur die FAZ, die Süddeutsche, die Zeit, der Spiegel, die dpa, ZDF und ARD. Gute Möglichkeiten für ein Praktikum bestehen bei einer rechtzeitigen Bewerbung im dpa-Büro, das mir auch einen Platz angeboten hatte. Meine Vorgängerin, Johanna Ritter, hat im Büro der FAZ, in dem zwei Korrespondenten arbeiten, hospitiert. Zudem besteht auch die Möglichkeit beide Praktika bei französischen Medien zu absolvieren, so wie Ann-Christin Meermeier, die 2011 mit dem Heinrich-Heine-Stipendium in Paris war und neben dem Praktikum bei Le Monde ein Praktikum bei der Online-Zeitung www.slate.fr absolvierte.

2.3 Vorbereitung auf die Praktika

Zur Vorbereitung auf die beiden Praktika verfolgte ich intensiv die deutsche sowie die französische Berichterstattung. Da ich bei meinem Praktikum bei Le Monde in der Abteilung Internationales beschäftigt war, war es wichtig über deutsche Themen informiert zu sein. Für das Praktikum bei ARD war dagegen die französische Aktualität relevant. Zudem ist die Lektüre von französischen Tageszeitungen natürlich eine gute Möglichkeit seine Sprachkenntnisse zu trainieren und sich mit Sprachgepflogenheiten und Ausdrucksweisen in der Presse vertraut zu machen. Wenn man ein gutes Spektrum abdecken möchte, sind die Seiten der größten Tageszeitungen www.lemonde.fr, www.lefigaro.fr, www.libe.fr empfehlenswert. Zusätzlich haben sich die reinen Onlinemedien www.slate.fr, www.rue89.fr und vor allem www.mediapart.fr etabliert. Mediapart hat jedoch eine Bezahlschranke und ist damit nur Abonnenten zugänglich. Die Onlinezeitung, die von den ehemaligen Le Monde Redakteuren Edwy Plenel und François Bonnet gegründet wurde, hat sich durch ihre investigative Berichterstattung einen Namen gemacht und gilt auch bei Le Monde als Referenz und Orientierungspunkt.

3. Die Praktika

3.1 Le Monde

Das Praktikum bei Le Monde kam für mich zum perfekten Zeitpunkt. Mein erster Arbeitstag war der 5. September 2013, am 22. September 2013 wurde der deutsche Bundestag neu gewählt. Durch den Wahlkampf bestand somit ein großes Interesse an der Berichterstattung über Deutschland, die zum größten Teil von dem Korrespondenten Frédéric Lemaître aus Berlin übernommen wird. Da jedoch sehr großes Interesse an Nachrichten aus Deutschland bestand, konnte auch ich mich einbringen und für die Internetseite der Zeitung www.lemonde.fr berichten. Dabei arbeitete ich vor allem mit Benoît Vitkine zusammen, der innerhalb der Redaktion Internationales für die Berichterstattung auf der Internetseite von Le Monde zuständig ist und ein Bindeglied zwischen Print- und Onlineredaktion darstellt.

So konnte ich gleich am zweiten Tag eine Presseschau für die Onlineseite schreiben, in der ich darstellte, wie die deutschen Medien die Außenpolitik von Angela Merkel und Guido Westerwelle bezüglich der Syrienkrise bewerteten. Es folgten Artikel über die möglichen Koalitionen nach der Bundestagswahl, über die Landtagswahl in Hessen und über einen deutschen Rapper, der als Djihadist in Syrien verwundet worden war. Zudem schrieb ich einen Artikel über die

unterschiedliche Bereitschaft von Frankreich und Deutschland syrische Flüchtlinge aufzunehmen.

Ein Höhepunkt meiner Arbeit bei Le Monde war der Wahlabend. Gemeinsam mit Benoît Vitkine bereitete ich für diesen Abend einen Live-Chat vor, bei dem Twitter-Kommentare, aktuelle Hochrechnungen, kurze Korrespondentenberichte und Fragen von Lesern eingebunden wurden. Am Wahlabend betreute ich den Chat gemeinsam mit drei Onlineredakteuren. Dieses interaktive Format stieß bei den Lesern auf großes Interesse und ist meiner Meinung nach ein gutes Beispiel für ein gelungenes Onlineformat mit bereichernder Leserpartizipation.

Generell ist bei Le Monde die Umstrukturierung der Zusammenarbeit von Print und Online in vollem Gange. Einmal wöchentlich wird in einer eigens dafür einberufenen Konferenz über die bimediale Zukunft der Tageszeitung diskutiert. Redakteure und Korrespondenten sollen immer stärker nicht nur für Print produzieren, sondern auch eigens für Online konzipierte Artikel veröffentlichen oder ihre Artikel, die im Printprodukt erscheinen,s bereits früher für Online abliefern. Diese Umstellungen sind für viele Redakteure nicht einfach, da sie häufig mehr Arbeit in einem sowieso schon sehr belastenden und intensiven Job bedeuten. Zudem fürchten viele ältere Redakteure eine Selbstkannibalisierung der Zeitung durch die Onlineseite.

Generell ist jedoch unumstritten, dass Umstellungen notwendig sind, um die Zeitung für das digitale Zeitalter zu rüsten. Le Monde setzt dabei auf eine Bezahlschranke die auf dem „Freemium-Modell“[1] beruht. Bei diesem Modell ist ein Teil der Artikel online für alle Nutzer kostenfrei verfügbar. Längere Berichte der Korrespondenten, Hintergrundberichte, Exklusivinterviews und ein uneingeschränkter Archivzugang stehen dagegen nur abonnierten Nutzern zur Verfügung.

Für mich war es sehr interessant die Diskussionen über Umstrukturierung und digitale Zukunft der größten französischen Tageszeitung mitzuerleben. Durch die Umstrukturierungsprozesse und die generell sehr hohe Arbeitsbelastung blieb zwar wenig Zeit für Gespräche mit den Redakteuren. Dennoch habe ich mich in der Redaktion, die von Christophe Châtelot geleitet wird, gut aufgenommen gefühlt. Meine Mitarbeit wurde geschätzt und die Redakteure am Desk waren bereit, mehr Arbeit zu investieren, um meine Artikel zu redigieren. Vor allem die Zusammenarbeit mit Benoît Vitkine funktionierte sehr gut. Nachdem ich ihm Themen vorgeschlagen

[1] Generell wird zwischen zwei verschiedenen Modellen bei Paywalls von Zeitungen unterschieden: dem Mettered und dem Freemium Modell. Das Mettered Modell wird von der New York Times erfolgreich angewandt. Dabei steht dem Leser monatlich eine begrenzte Anzahl von Artikeln kostenfrei zur Verfügung. Wer mehr Artikel lesen möchte, muss ein Abonnement abschließen. Beim Freemium Modell stellt dagegen eine Zeitung bestimmte Inhalte immer kostenfrei und andere Inhalte kostenpflichtig zur Verfügung.

hatte, begann auch er mir Themen ans Herz zu legen und mich um Artikel zu einer bestimmten Thematik zu bitten. Hilfreich war zudem, dass zeitgleich mit mir ein französischer Journalistikstudent ein Praktikum in der Redaktion absolvierte. So konnte ich mich mit ihm besprechen und austauschen.

3.2 ARD

Das Praktikum im ARD Studio Paris absolvierte ich im November. Neben der Studioleiterin Ellis Fröder ist seit wenigen Monaten Markus Preiss Korrespondent in Paris. Beide zeigten sich von Beginn an sehr aufgeschlossen und hilfsbereit, sodass ich jederzeit bei allen Arbeitsschritten im Zuge der Entstehung eines Beitrags zuschauen und mitarbeiten konnte. Insgesamt arbeiten zwei komplette Teams (Korrespondent/in, Producerin, Kameramann/Frau, Tontechniker/in, Cutterin) im Studio Paris. Hinzu kommen zwei Sekretärinnen, eine Buchhalterin und eine Archivarin. So ist das Studio gut ausgestattet und kann sowohl Hintergrundberichte als auch aktuelle Beiträge für Tagesschau, Tagesthemen, Weltspiegel, Europamagazin, Morgenmagazin und Brisant produzieren.

Als ich mein Praktikum begann, kam Ellis Fröder gerade mit einem Team von einem Dreh aus Nord-Pas-de-Calais zurück. Dort war ein Weltspiegel-Beitrag über die wachsende Popularität des rechtsextremen Front National bei jungen Menschen gedreht worden. Ich war zunächst dafür zuständig, das umfangreiche Filmmaterial zu sichten und die Interviews, die mit zwei Spitzenkandidaten des Front National für die Kommunalwahl im März 2014 geführt worden waren, zu übersetzen. Später assistierte ich im Schnitt und begleitete den gesamten Entstehungsprozess des Beitrags, dessen Thematik mich sehr beschäftigte. Obwohl der Front National extreme Forderungen wie die Wiedereinführung der Todesstrafe, die Schließung der Grenzen und den Austritt aus der Eurozone vertritt, erzielt die rechtsextreme Partei in Frankreich aktuell sehr hohe Zustimmung bei Meinungsumfragen. Daher fand ich es besonders wichtig und interessant sich mit dem Erfolg der Partei vor allem bei jungen Wählern auseinanderzusetzen und über den möglichen Aufstieg der Partei bei der Europawahl 2014 frühzeitig zu berichten.

Neben dem Beitrag über den Front National war ich während meines Praktikums mit verschiedensten Thematiken betraut. So wurde beispielsweise ein Weltspiegelbeitrag zu den niedrigen Beliebtheitswerten von Hollande gedreht, an dessen Entstehung ich beteiligt war. Zudem wurde eine Reportage über die Savoie vorbereitet, für die ich recherchierte. Weitere Beiträge, an denen ich mitarbeitete, drehten sich um die Proteste der Bonnets Rouges in der Bretagne,

einen Attentäter, der in Paris einen Journalisten angeschossen hatte, die vermehrte Verwendung von Fertigprodukten in französischen Restaurants, die Verstärkung der Truppen in der zentralafrikanischen Republik und um das neue Prostitutionsgesetz in Frankreich, das Freier statt Prostituierte kriminalisieren soll.

Die Aufzählung illustriert die Breite des Themenspektrums, die das ARD-Studio abdeckt. Für mich war es sehr interessant, neben der außenpolitischen Berichterstattung bei Le Monde im ARD Studio auch über gesellschaftliche und zum Teil bunte Themen zu berichten. Die Arbeit erforderte es, sich schnell in verschiedenste Themen einzuarbeiten und war sehr abwechslungsreich. Im Gegensatz zu der eher analytischen statt nachrichtlichen Arbeit bei Le Monde war es oft nicht leicht, ein Thema auf die 1:30 Minuten eines Tagesschaubeitrags herunterzubrechen. Zudem war für mich, die zuvor vor allem im Printbereich gearbeitet hatte, das ständige Mitdenken der visuellen Komponente eine neue Herausforderung.

3.3 Bewertung der Praktika

Beide Praktika haben mir persönlich sehr gut gefallen. Bei Le Monde konnte ich einen spannenden Einblick in die Arbeit der größten französischen Tageszeitung erlangen und zugleich miterleben, wie sich die Zeitung für die Zukunft aufstellt und welche digitale Strategie sie verfolgt. Die vier Wochen, in denen ich die Zeitung bei der Berichterstattung über die Bundestagswahl unterstützen konnte, waren eine intensive und besondere Erfahrung. Obwohl wenig Zeit für Erklärungen blieb, waren die Redakteure mir gegenüber aufgeschlossen. Dadurch, dass ich schnell eigene Artikel schrieb, konnte ich mich gut in die Redaktion integrieren. Generell ist es wichtig, sich immer wieder selbst einzubringen und zu versuchen, sich eigene Aufgaben und Themen zu suchen, da die Redakteure nur sehr wenig Zeit haben, um Praktikanten zu betreuen.

Auch das Praktikum im ARD-Studio hat mir sehr gut gefallen. Da ich meine journalistischen Erfahrungen zuvor vor allem im Printbereich gesammelt hatte, war die Möglichkeit bei einem Fernsehsender zu arbeiten für mich eine wichtige Erweiterung meiner Kompetenzen. Zudem konnte ich im ARD Studio Paris über ein breites Themenspektrum berichten und somit Einblick in verschiedenste Bereiche der französischen Politik und Gesellschaft nehmen.

Vor allem die Kombination, ein Praktikum bei einem französischen und eines bei einem deutschen Medium zu absolvieren, habe ich als besonders gelungen empfunden. So konnte ich innerhalb von drei Monaten sowohl Einblicke in die französische Deutschlandberichterstattung als auch in die deutsche Frankreichberichterstattung bekommen. Ich konnte Deutungsweisen,

Diskussionen und Themenauswahl aus beiden Perspektiven hautnah miterleben und mitgestalten.

4. Leben und Arbeit in der Maison Heinrich Heine

Neben den beiden Praktika machte das Leben in der Maison Heinrich Heine meinen Aufenthalt in Paris zu einer guten Erfahrung. Die Maison Heinrich Heine ist seit 1956 Teil der Cité Internationale Universitaire de Paris. Seitdem ist das Haus nicht nur Studierendenwohnheim, sondern auch Kulturzentrum und Veranstalter hochkarätiger sVeranstaltungen mit politischem, kulturellem, gesellschaftlichen oder ökonomischen Schwerpunkt. Ich habe viele der zahlreichen Debatten und Vorträge, die während meines Aufenthalts stattfanden, besucht und sie als sehr interessant und anregend empfunden.

Zudem lebt man in der Maison Heinrich Heine, in der Studierende unterschiedlicher Nationalitäten und mit verschiedenstem fachlichem Hintergrund gemeinsam untergebracht sind, in einer internationalen, studentischen und freundlichen Atmosphäre

Während meiner Zeit in der Maison Heinrich Heine pflegte ich einen regen Austausch mit der Leiterin des Hauses Christiane Deussen. In Absprache mit ihr schrieb ich drei Beiträge für die Homepage der Maison, die Geschichte des Hauses, Architektur und Kulturprogramm vorstellen. Diese Arbeit machte mir viel Spaß und verdeutlichte mir noch einmal, welche besondere Stellung die Maison Heinrich Heine, als deutsche Institution in Frankreich hat. Zudem konnte ich so auch Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit für eine anerkannte Institution sammeln.

5. Tätigkeit als freie Journalistin

Während meiner Praktika im September und November blieb mir wenig Zeit zusätzlich Themen zu recherchieren und sie deutschen Medien anzubieten. Im Oktober schrieb ich, wie oben erwähnt, Beiträge für die Homepage der Maison Heinrich Heine und unterstützte den Verein der Freunde und Förderer der Maison Heinrich Heine bei der Mitgliederwerbung. Während des Oktobers blieb mir jedoch auch etwas Zeit, eigene journalistische Projekte in Angriff zu nehmen. So begleitete ich Marisa Stretz, die als Lektorin für das Deutschmobil in Paris arbeitet, einen Tag lang bei ihrem Einsatz an einer französischen Schule. Das Deutschmobil, das von der Robert-Bosch-Stiftung und den deutschen Häusern in Frankreich finanziert wird, soll französischen Schülern die deutsche Sprache auf spielerische Weise näherbringen und damit das

Interesse an Deutsch und Deutschland in Frankreich zu fördern. Mein Artikel über die Arbeit von Marisa Stretz[2] wurde auf der europäischen Plattform Cafebabel veröffentlicht und auf Französisch und Polnisch übersetzt.

Zudem schrieb ich für die Frankfurter Rundschau eine Reportage über die niedrige Einschulungsquote von Romakindern, die in illegalen Camps in den Vorstädten von Paris leben. Im Rahmen der Recherche begleitete ich Slavka Radenez von der Organisation Aset93. Diese setzt sich für die Einschulung von Romakindern ein und unterstützt Eltern bei den bürokratischen Hürden, die es bei der Einschreibung an einer französischen Schule zu überwinden gilt.

Der Besuch eines Romalagers in Bobigny war für mich eine prägende Erfahrung. Obwohl ich schon viel über die Situation der Roma in Frankreich gelesen hatte, hat mich die Armut im Lager vor den Toren von Paris tief bewegt.

Durch meine vorherige Tätigkeit bei der Frankfurter Rundschau konnte ich den Artikel relativ problemlos bei der FR platzieren. Da die Berichterstattung aus Paris jedoch normalerweise von Korrespondenten abgedeckt wird, ist es nicht ganz einfach, Beiträge in deutschen Medien zu veröffentlichen. Ratsam ist es daher, schon an bereits bestehende Kontakte anzuknüpfen.

6. Persönlicher Eindruck des Deutschlandbildes und der deutsch-französischen Beziehungen

Ich selbst war erstaunt, welchen Stellenwert die Berichterstattung über Deutschland in Frankreich einnimmt. Natürlich war während meines Aufenthalts der Fokus auf Deutschland durch die Bundestagswahl noch verstärkt, aber auch unabhängig von der Wahl wurde sehr intensiv und in großem Umfang über Deutschland berichtet.

Das viel diskutierte „Modèle allemand“ ist in den französischen Medien omnipräsent. Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg wird bewundert und gleichzeitig wird mit dem Sozialabbau durch die Hartz-Reformen hart ins Gericht gegangen. Ob Niedriglohnsektor, Mini Jobs oder niedrige Geburtenrate – über alles wird in Frankreich intensiv diskutiert.

Weil Deutschland aktuell wirtschaftlich stärker ist als Frankreich und dadurch auch in Europa eine leitende Position eingenommen hat, wird jede Handlung Deutschlands von Frankreich sehr kritisch begleitet. So dienen die deutschen Sozial- und Arbeitsmarktreformen der Schröder-Ära

[2] Die Artikel sind der Artikelliste im Anhang beigefügt.

in Frankreich oft als Vorbild, zugleich wird das Schreckgespenst von Sozialabbau und Lohndumping in Deutschland gezeichnet. Der Spiegel-Korrespondent Mathieu von Rohr beschreibt dieses ambivalente Verhältnis sehr treffend in einem Beitrag für Le Monde[3]. Er geht davon aus, dass das Verhältnis von Deutschland und Frankreich sich erst dann normalisieren wird, wenn Frankreich zu einer starken Position zurückgefunden hat.

Ich glaube, dass diese Analyse sehr viel Wahres enthält, denn während meines Aufenthalts in Frankreich hatte ich oft das Gefühl, dass sich Frankreich in einer Sinneskrise befindet. Das zeigte sich nicht nur an den Diskussionen über Deutschland, sondern auch an der Popularität des Front National, den heftigen Debatten über Immigration und der Härte, mit der mit François Hollande ins Gericht gegangen wurde.

9. Fazit

Die drei Monate, die ich in Paris verbrachte, waren einer der interessantesten und lehrreichsten Zeiträume meines Lebens. Das Heinrich Heine Stipendium ist mit einem hohen Arbeitseinsatz, viel Engagement und Eigeninitiative verbunden, bietet dafür aber die einzigartige Möglichkeit drei Monate lang in Paris zu leben und Praktika bei den angesehensten französischen und deutschen Medien zu absolvieren.

Ich habe in meinen drei Monaten Paris viel über Frankreich, aber auch über Deutschland gelernt. Ich bekam die Chance für eine der angesehensten Zeitungen der Welt zu berichten und ich konnte an Beiträgen für die meistgeschaute deutsche Nachrichtensendung mitwirken. Dies sind Erfahrungen, die ich nie vergessen werde, für die ich sehr dankbar bin und die mich sicherlich in meinem Werdegang als Journalistin weiterbringen werden.

Die oft kritische französische Sicht auf Deutschland hilft dabei, eigene Sichtweisen zu überdenken und beispielsweise die deutsche Rolle in der Eurokrise kritisch zu hinterfragen. Diese Möglichkeit zum Perspektivwechsel und zum Blick auf beide Seiten ist es aus meiner Sicht, die das Heinrich Heine Stipendium so interessant und besonders macht.

[3] Mathieu von Rohr : Le modèle allemand : "un géant en trompe-l'œil", Le Monde, 20.09.2013, http://www.lemonde.fr/economie/article/2013/09/20/le-modele-allemand-un-geant-en-trompe-l-oeil_3481616_3234.html.

8. Verzeichnis eigener Veröffentlichungen

Le Monde

- *La presse allemande critique la diplomatie "fantôme" d'Angela Merkel*, 09.09.2013, http://www.lemonde.fr/europe/article/2013/09/09/la-presse-allemande-critique-la-diplomatie-fantome-d-angela-merkel_3473632_3214.html
- *Deso Dogg, itinéraire d'un rappeur allemand devenu djihadiste en Syrie*, 12.09.2013, http://www.lemonde.fr/proche-orient/article/2013/09/12/deso-dogg-itineraire-d-un-rappeur-allemand-devenu-djihadiste-en-syrie_3476485_3218.html
- *Pour la presse allemande, la grande coalition CDU/CSU-SPD "a le vent en poupe" après le scrutin bavarois*, 16.09.2013, http://www.lemonde.fr/europe/article/2013/09/16/pour-la-presse-allemande-la-grande-coalition-a-le-vent-en-poupe_3478646_3214.html
- *L'Allemagne et la France ne réservent pas le même accueil aux réfugiés syriens*, 17.09.2013, http://www.lemonde.fr/europe/article/2013/09/17/l-allemagne-et-la-france-abordent-differemment-la-question-des-refugies-syriens_3479204_3214.html
- *Revivez la soirée électorale minute par minute*, 22.09.2013, *http://www.lemonde.fr/europe/live/2013/09/22/en-direct-les-elections-legislatives-en-allemagne_3482061_3214.html*
- *Elections en Allemagne : "Le succès d'Angela Merkel provient de sa gestion de la crise de l'euro"*, 23.09.2013, http://www.lemonde.fr/europe/article/2013/09/23/elections-en-allemagne-le-succes-d-angela-merkel-s-appuie-sur-sa-gestion-de-la-crise-de-l-euro_3483099_3214.html
- *La Hesse : un laboratoire pour les possibles coalitions en Allemagne*, 25.09.2013, http://www.lemonde.fr/europe/article/2013/09/25/la-hesse-un-laboratoire-pour-les-possibles-coalitions-en-allemagne_3483859_3214.html
- *Allemagne : les points cruciaux de la "grande coalition" entre la CDU et le SPD*, 26.09.2013, http://www.lemonde.fr/europe/article/2013/09/26/allemagne-les-points-cruciaux-de-la-grande-coalition-entre-la-cdu-et-le-spd_3485632_3214.html

Frankfurter Rundschau

- *Semra will lernen*, 18.12.2013, http://www.fr-online.de/bildung/roma-in-paris-kampf-fuer-bildung,24827914,25660620.html

Café Babel

- *Die Sprachbotschafterin*, 25.10.2013, http://www.cafebabel.de/gesellschaft/artikel/die-sprachbotschafterin.html

La presse allemande critique la diplomatie "fantôme" d'Angela Merkel

Le Monde.fr | 09.09.2013 à 18h02 • Mis à jour le 09.09.2013 à 18h03

Angela Merkel au G20 de Saint-Pétersbourg, le 6 septembre, en compagnie de François Hollande et Vladimir Poutine. | AFP/ERIC FEFERBERG

Angela Merkel a eu beau expliquer sa volte-face par sa volonté *"de trouver une position commune Européens"*, les tergiversations de la diplomatie allemande dans le er syrien laissent à la presse d'outre-Rhin un *"arrière-goût amer"*, selon l'expression du Spiegel Online (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/g-20-blamage-zu-syrien-merkel-wirft-eu-partnern-egoismus-vor-a-921068.htm) .

Vendredi 6 septembre, on croyait la position de Berlin arrêtée : l'Allemagne se distinguait des autres pays européens membres du G20 réunis à Saint-Pétersbourg en refusant de signer la déclaration commune proposée par Barack Obama appellant à une *"forte réponse internationale"* après l'utilisation présumée d'armes chimiques par le régime syrien le 21 août dans les faubourgs de Damas. Le lendemain, pourtant, le ministre des affaires étrangères , Guido Westerwelle, finissait par signer le document lors d'une nouvelle réunion, à Vilnius, en Lituanie .

Le comportement *"gênant"* de la chancelière dans cette affaire constitue pour le quotidien de gauche *Frankfurter Rundschau* (http://www.fr-online.de/meinung/syrien-merkel-leitartikel-deutscher-haltungsschaden,1472602,24245084.html) *"une nouvelle preuve du manque de méthode absolu de la politique extérieure allemande"*. Le journal regrette que personne ne connaisse vraiment la position allemande sur la Syrie et que la chancelière, qui se comporte comme *"un fantôme"* sur la scène internationale, se révèle incapable de l'expliquer .

"RESPONSABILITÉ HISTORIQUE"

La *Frankfurter Rundschau* estime que la chancelière doit afficher une position claire et s'y tenir , quelle que soit cette position : soit qu'elle affirme qu'une intervention militaire ne constitue pas une bonne solution et est illégale, soit qu'elle prenne la tête d'un mouvement pour juger Bachar Al-Assad devant la Cour pénale internationale, soit qu'elle s'engage davantage pour les réfugiés syriens.

La *Tageszeitung* (http://taz.de/Kommentar-Syrien-Politik/!123363/) , quant à elle, a beau se montrer extrêmement critique vis-à-vis de la déclaration adoptée à Vilnius, le quotidien de gauche n'en juge pas moins *"ridicule"* et *"gênante"* la décision de rallier la position commune des Européens au tout dernier moment. Une critique partagée y compris par le journal conservateur *Die Welt* (http://www.welt.de/debatte/kommentare/article119821873/Deutschland-versagt-in-historischer-Verantwortung.html) , qui, dans un article titré "L'Allemagne échoue face à sa responsabilité historique", juge la politique étrangère du gouvernement *"ronflante"* et *"incohérente"*. Selon le journal, le gouvernement cherche à *"éviter les turbulences internationales"*

avant les élections législatives du 22 septembre, au risque de former une alliance objective avec Moscou et ainsi de reculer sur les critères politiques et moraux défendus par l'Occident.

La *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/syrischer-giftgaseinsatz-wachsende-zweifel-12564681.html) relativise ces critiques virulentes en voyant dans la signature "retardée" de l'Allemagne un *"couac diplomatique"* plus qu'une *"divergence de position"*. Selon le quotidien, Guido Westerwelle et Angela Merkel auraient défendu dès le départ une *"réponse internationale forte"*, mais sans envisager des frappes militaires.

Jana Kinne

"

Deso Dogg, itinéraire d'un rappeur allemand devenu djihadiste en Syrie

Le Monde.fr | 12.09.2013 à 17h10 • Mis à jour le 12.09.2013 à 18h05

Capture d'écran de la dernière vidéo de propagande envoyée de Syrie par Denis Mamadou Cuspert. | D.R.

Il y a trois semaines, Denis Mamadou Cuspert – plus connu sur la scène rap allemande sous le nom de Deso Dogg – envoyait sa dernière vidéo en provenance de Syrie . Visiblement heureux, jouant dans l'eau d'une cascade en habit de combat, Deso Dogg s'y faisait le chantre du djihad : *"Notre devoir est d'aller à la guerre"*, psalmodie-t-il, loin des anciennes productions (http://www.youtube.com/watch?v=BBWae-86Q1E) montrant le jeune Berlinois en colère.

Lundi 9 septembre, d'autres nouvelles de Deso Dogg parvenaient de Syrie. Non par l'intermédiaire d'une vidéo le mettant en scène en vedette du djihad international , mais par un simple communiqué du groupe salafiste djihadiste Millatu Ibrahim : Denis Mamadou Cuspert avait été blessé dans un raid aérien en Syrie, y apprenait-on.

Le djihadiste, qui a pris le nom d'Abou Talha Al-Almani ("Abou Talha l'Allemand") après son départ pour la Syrie, se cachait avec des combattants anti-régime dans une maison qui *"a été touchée par un raid aérien et des bombardements d'hélicoptère"*. Le groupe Millatu Ibrahim ne donnait aucun détail sur la gravité des blessures, et ne précisait pas dans quelle région de Syrie Deso Dogg se trouvait.

Fils d'un père ghanéen et d'une mère allemande, Denis Mamadou Cuspert a grandi à Berlin, devenant vite un petit délinquant. A 15 ans, comme il le racontait en 2004 au journal berlinois *B.Z.*, il dévalisait les touristes. Il a été emprisonné à plusieurs reprises (http://www.lefigaro.fr/international/2011/09/01/01003-20110901ARTFIG00767-deso-dogg-rappeur-allemand-devenu-chantre-du-djihad.php) pour coups et blessures et trafic de drogue. Vint ensuite le rap, et un premier album – *L'Ange noir* –, en 2006. Le dernier sortit en 2009.

DE DESO DOGG À ABOU MALEEQ

En 2010, Deso Dogg se convertit à l'islam , prenant le nom d'Abou Maleeq. Une vidéo publiée en février 2010 le montrait lors de sa rencontre avec Pierre Vogel, le prédicateur salafiste le plus connu d'Allemagne. Cuspert abandonnait alors le rap et se contentait de diffuser épisodiquement sur Internet des *"nasheed"* (des poèmes musulmans musicaux) dans lesquels il prônait le djihad et disait son admiration pour Oussama Ben Laden.

En 2011, Denis Mamadou Cuspert fonda avec l'Autrichien Mohamed Mamadou le groupe djihadiste Millatu Ibrahim, et fit circuler de la propagande islamiste sur Internet. En mai 2012, quand des salafistes et des membres de l'extrême droite se sont violemment affrontés (http://abonnes.lemonde.fr/europe/article/2012/05/10/extreme-droite-

et-salafistes-a-couteaux-tires-en-rhenanie-du-nord-westphalie_1698226_3214.html?xtmc=pro_nrw&xtcr=1) dans les rues de Bonn et Solingen, en Rhénanie-du-Nord-Westphalie, Denis Mamadou Cuspert était considéré par le service du renseignement intérieur berlinois comme un *"porte-parole incitant à la révolte"*.

La même annnée, après l'interdiction du Millatu Ibrahim, l'ancien rappeur quitta l'Allemagne pour rejoindre l'Egypte , et plus tard à la Syrie. Dans une vidéo publiée en septembre 2012, il menaça directement l'Allemagne en déclarant la République fédérale *"terre de combat"*. Dans une autre vidéo, il exprimait son désir de *"mourir sur le champ de bataille"*.

RADICALISATION EN LIGNE

L'Office fédéral de protection de la Constitution (service du renseignement intérieur) craint que la propagande de Denis Mamadou Cuspert puisse pousser d'autres jeunes à se radicaliser . Ses activités en ligne, notamment, provoquent l'inquiétude, d'autant que le personnage d'Abou Talha Al-Almani est, à l'image de la dernière vidéo envoyée de Syrie, largement mis en scène. Le service estime que *"les idées salafistes diffusées virtuellement peuvent pousser à la radicalisation"*.

Cette évolution inquiète d'autant plus que le service du renseignement intérieur considère le salafisme comme un courant à la croissance particulièrement rapide en Allemagne. Selon les services de surveillance, le nombre de ses membres est passé de 3 800 en 2011 à 4 500 en 2012. Seule une minorité d'eux est considérée comme terroriste ou djihadiste, mais le service du renseignement intérieur juge le salafisme comme un *"terrain favorable pour la radicalisation islamiste"*.

120 DJIHADISTES ALLEMANDS EN SYRIE

Denis Mamadou Cuspert aurait notamment influencé (http://www.nytimes.com/2011/09/01/world/europe/01jihadi.html?pagewanted=1&ref=world&_r=0) l'auteur de l'attentat antiaméricain commis en mars 2011 à l'aéroport de Francfort. Arid Uka, un Albanais du Kosovo dont la famille vivait en Allemagne depuis des dizaines d'années, avait ouvert le feu sur un bus de l'armée américaine à l'aéroport de Francfort, tuant deux soldats et en blessant trois autres. Peu avant, il avait visionné une vidéo postée sur la page Facebook de Denis Mamadou Cuspert.

Le renseignement allemand estime à plus de 120 le nombre d'islamistes partis d'Allemagne combattre en Syrie et évoque *"une tendance à la hausse"*. *"La Syrie est en outre la principale destination pour les djihadistes allemands"*, expliquait récemment le chef des services de renseignements, Hans-Georg Maassen, disant aussi craindre l'attitude de ces djihadistes à leur retour en Europe .

Cette situation préoccupe également l'Autriche. Selon le chef du service du renseignement intérieur autrichien, Peter Gridling, cinquante islamistes autrichiens combattent actuellement en Syrie. Un chiffre très élevé, si l'on considère le nombre d'habitants en Autriche , dix fois moins élevé qu'en Allemagne.

Jana Kinne

Pour la presse allemande, la grande coalition CDU/CSU-SPD "a le vent en poupe" après le scrutin bavarois

Le Monde.fr | 16.09.2013 à 16h58 • Mis à jour le 16.09.2013 à 20h56

Angela Merkel et Peer Steinbrück, le 1er septembre à Berlin, pendant le débat télévisé. | MAURIZIO GAMBARINI/AFP

"*La coalition noir-jaune vacille"* après les élections en Bavière, écrit Spiegel Online (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kommentar-zur-bayern-wahl-es-wird-eng-fuer-schwarz-gelb-a-922370.html) (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/kommentar-zur-bayern-wahl-es-wird-eng-fuer-schwarz-gelb-a-922370.html) . L'échec des libéraux du FDP (représenté par la couleur jaune), qui n'ont recueilli que 3,3 % des voix et n'entrent donc pas au parlement régional, focalise la campagne, à une semaine des élections fédérales du 22 septembre, autour d'une seule question : *"Est-ce que les Allemands veulent à nouveau une coalition entre l'Union démocrate-chrétienne et les libéraux ?"*

"Les libéraux ne p t pas espérer l'aide d'Angela Merkel", estime Spiegel Online. Reste une ine, au cours de laquelle le FDP devra expliquer *"pour quoi exactement il devrait être"* au gouvernement. Le site du *Spiegel* juge que le parti "*n'a pas fait beaucoup"* depuis quatre ans qu'il participe à l'exécutif. "*Après les élections en Bavière, la grande coalition* [CDU/CSU-SPD] *a le vent en poupe",* prédit le site.

Mais même si Angela Merkel ne fera pas de publicité pour le FPD, la *Tageszeitung* (http://www.taz.de/Kommentar-Bayernwahl/!123783/) appelle les libéraux des "*lucky losers" ("des perdants chanceux").* Parce que, après les élections en Bavière, un plus grand nombre d'électeurs de l'Union démocrate-chrétienne (CDU/CSU) devraient voter tactiquement pour le FDP afin qu'il entre au Parlement fédéral.

LARGE VICTOIRE DU "ROI-SOLEIL"

Le journal bavarois *Süddeutsche Zeitung* (http://www.sueddeutsche.de/bayern/seehofers-csu-triumph-bei-der-bayern-wahl-sieg-eines-sonnenkoenigs-1.1771591) estime que la large victoire *"du roi-soleil",* Horst Seehofer, le président de l'Union chrétienne-sociale (CSU) et futur président de la Bavière, renforce l'hypothèse d'une grande coalition entre l'Union démocrate-chrétienne (CDU/CSU) et le Parti social-démocrate (SPD).

"S*i les libéraux ont de la chance, le résultat* [en Bavière] *leur donnera une poussée pour Berlin* [les élections au Bundestag]*",* estime le quotidien. Pour les Verts par contre, la *Süddeutsche Zeitung* voit un "m*auvais"* signal dans les résultats bavarois, dans la mesure où la campagne se concentre désormais plus sur la possibilité d'une grande coalition.

Dans "*la lourde chute"* du Parti libéral, la *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wahl-in-bayern/wahl-in-bayern-der-tiefe-sturz-der-fdp-12575383.html) voit la preuve que les électeurs ne votent pas pour le programme du FDP mais

seulement si le parti peut remplir une fonction. Que ce soit pour exprimer une protestation, ou pour permettre de constituer une majorité.

"*De la réussite de Seehofer ne profite que Seehofer"*, conclut Zeit Online (http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-09/bayern-landtagswahl-seehofer-kommentar) . Selon le site de l'hebdomadaire, les autres partis devraient aussi s'alarmer du résultat en Bavière : Angela Merkel, qui a raison de se faire du souci à cause du score du FDP. Celui-ci pourrait affecter l'Union démocrate-chrétienne. Si elle ne gagne pas la majorité avec les libéraux et est obligée de former une coalition avec le SPD, elle sera un partenaire plus faible. Et en plus, Horst Seehofer, après sa large victoire, sera un ministre encore plus *"agaçant"* pour la chancelière.

Le SPD, qui n'a gagné que deux points en Bavière par rapport au scrutin de 2008. En même temps, ses gains *"se font au détriment des Verts"*, écrit Zeit Online : "*Les possibilités pour Peer Steinbrück de devenir chancelier n'ont pas augmentés*", juge le site de l'hebdomadaire.

Jana Kinne

"

L'Allemagne et la France ne réservent pas le même accueil aux réfugiés syriens

Le Monde.fr | 17.09.2013 à 13h07 • Mis à jour le 17.09.2013 à 17h31

Le ministre allemand de l'intérieur, Hans-Peter Friedrich (à gauche), accueille des réfugiés syriens à la descente d'avion sur l'aéroport de Hanovre, le 11 septembre. | JOHN MACDOUGALL /AFP

Il a l'air heureux le garçon qui souffle des bulles de savon en direction des journalistes juste après son arrivé à l'aéroport de Hanovre. Il est un des 107 réfugiés syriens qui sont arrivés, mercredi 11 septembre par un vol charter en provenance du Liban . Ils font tous partis d'un programme humanitaire spécifique annoncé par le gouvernement allemand. *"Vous êtes en sécurité maintenant"*, a déclaré le ministre de l'intérieur, Hans-Peter Friedrich (CSU), qui a fait le déplacement avec son homologue de Basse-Saxe, Boris Pistorius (SPD), pour accueillir les réfugiés.

L'Allemagne s'est déclarée favorable à l'accueil de 5 000 refugiés syriens. L'Autriche , quant à elle, a accepté d'adopter un programme similaire pour environ 500 personnes. D'autres pays comme la Suisse ou l'Australie ont offert des places de réinstallation durable pour 1 700 Syriens.

En Allemagne les réfugiés bénéficieront d'un permis de résidence de deux ans, avec une possibilité d'extension si la situation en Syrie reste inchangée. Ils auront le droit de travailler et bénéficieront d'un cours d'orientation culturelle. Mais ce petit moment de bonheur à Hanovre ne peut pas faire taire les critiques selon lesquelles l'Allemagne ne fait pas assez face à la catastrophe humanitaire en Syrie .

DEUX MILLIONS DE SYRIENS ONT DÉJÀ QUITTÉ LEUR PAYS

D'après le Haut-Commissariat des Nations unies pour les réfugiés (HCR), deux millions de Syriens ont déjà quitté leur pays pour fuir la guerre civile. Même si l'Allemagne reste le premier pays à lancer un programme humanitaire, l'effort reste trop peu important, selon l'opposition.

Les Verts allemands (http://www.bild.de/politik/inland/katrin-goering-eckardt/warum-laufen-den-gruenen-die-waehler-davon-frau-goering-eckardt-32062502.bild.html) réclament l'accueil de 50 000 réfugiés syriens en Allemagne et demandent que ces migrants venus d'un pays en guerre bénéficient de la procédure de regroupement familial. Par ailleurs, le candidat social -démocrate à la chancellerie, Peer Steinbrück, (http://www.sueddeutsche.de/politik/syrische-fluechtlinge-in-deutschland-spd-und-gruene-fordern-aufnahme-von-deutlich-mehr-syrern-1.1767753) exige un effort plus grand.

Hans-Peter Friedrich n'a pas exclu que plus de réfugiés puissent être admis, laissant l'initiative aux Länder, dont plusieurs ont déjà indiqué leur volonté d'accepter un plus grans nombre de réfugiés. Pourvu que les réfugiés aient des membres de famille dans la région qui puissent payer pour leur séjour.

Un jeune réfugié syrien à son arrivée à l'aéroport de Hanovre, le 11 septembre. | JOHN MACDOUGALL/AFP

Outre le programme humanitaire qui prévoit l'admission temporaire de 5 000 Syriens, 18 000 ressortissants de ce pays sont venus par leurs propres moyens en Allemagne, depuis 2011, pour demander l'asile. En comparaison avec la France, le chiffre est très élevé.

SELON L'OFPRA, 1 500 SYRIENS ONT RECHERCHÉ ASILE EN FRANCE

Selon l'Office français de protection des réfugiés et apatrides (Ofpra), depuis de 2011, 1 500 Syriens ont recherché asile en France, dont 700 pour la seule année 2013. Il n'existe pas de programme humanitaire spécifique comme en Allemagne. Le gouvernement français a annoncé, le 12 septembre, qu'il comptait prendre des mesures visant à accueillir davantage de réfugiés syriens (/proche-orient/article/2013/09/12/la-france-accueillera-davantage-de-refugies-syriens_3476675_3218.html) . Dans son entretien sur TF1, dimanche 15 septembre, le président de la République, François Hollande, (http://basedoc.diplomatie.gouv.fr/vues/Kiosque/FranceDiplomatie/kiosque.php?type=bafr#Chapitre1) a déclaré : *"Oui, nous devons prendre notre part mais si j'ai voulu une solution politique , si j'ai voulu faire pression sur le régime syrien, c'est bien pour arrêter cet engrenage. Ce serait quand même un paradoxe où on laisserait faire et en même temps, on serait amené à accueillir des réfugiés en toujours plus grand nombre."*

Pourtant, la pression pour l'accueil de plus de réfugiés en provenance de Syrie augmente dans le pays. Le 11 septembre, plusieurs associations caritatives internationales lançaient un appel au président Hollande (http://www.secours-catholique.org/actualite/appel-la-france-doit-accueillir-les-refugies-syriens,12120.html) en demandant que l'Etat *"se mobilise pour répondre aux besoins humanitaires du peuple syrien"*.

UNE CONFÉRENCE DES PAYS DE L'UNION SUR LES RÉFUGIÉS SYRIENS

"C'est le même schéma qu'en Libye où l'on n'a pratiquement pas accueilli de réfugiés", rappelle Jean-François Dubost, responsable du programme "Personnes déracinées" à Amnesty International . Selon lui, même si la France s'intéresse de près à l'évolution de la situation en Syrie, les autorités françaises craignent qu'une politique d'accueil des réfugiés sonne comme un *"appel d'air qui pourrait encourager les migrants à arriver en masse"*. Mais selon M. Dubost, *"cela ne peut pas justifier un refus d'accueillir"*. Le responsable d'Amnesty International plaide pour que l'Union européenne (UE) se dote d'*"un programme de réinstallation commun à l'échelle de l'UE"*.

Un effort commun exigé également par le ministre de l'intérieur allemand, Hans-Peter Friedrich. Celui-ci souhaite que l'Union européenne organise une conférence des pays membres sur les réfugiés syriens. Pendant la conférence des G6, le 13 septembre à Rome, M. Friedrich a abordé ce sujet avec ses homologues français, britannique, italien, espagnol et polonais. Selon son attaché de presse, la disposition des autres ministres pour un effort commun en faveur des réfugiés syriens était *"retenue"*.

Lire également : Syrie : 7 millions de personnes ont besoin d'une aide urgente (/proche-orient/article/2013/09/17/7-millions-de-personnes-ont-besoin-d-une-aide-urgente_3479303_3218.html)

Jana Kinne

Elections en Allemagne : "Le succès d'Angela Merkel provient de sa gestion de la crise de l'euro"

Le Monde.fr | 23.09.2013 à 16h43 • Mis à jour le 23.09.2013 à 17h33

La crise de l'euro ne lâche pas Angela Merkel. Même à peine un jour après sa victoire triomphale aux élections du 22 septembre. Plusieurs journaux allemands considèrent le succès de la chancelière (la CDU a obtenu 41,5 % des voix, le meilleur score de son parti depuis 23 ans) comme le fruit de sa gestion de la crise de l'euro . Les voix qui réclament un changement dans la politique européenne de M^{me}Merkel ne se taisent pas pour autant.

"Les Allemands vont bien et ils ont l'impression que Mme Merkel les a bien guidés pendant la crise de l'euro. Ils pourraient avoir un réveil amer mais il n'a toujours pas eu lieu. Le triomphe électoral de Mme Merkel est dû au sentiment de bien-être des électeurs qui estiment que c'est le chaos en Europe , mais pas en Allemagne ", écrit le quotidien de centre-gauche *Süddeutsche Zeitung* dans son éditorial. (http://www.sueddeutsche.de/politik/merkels-sieg-bei-der-bundestagswahl-die-triumphantin-1.1777708)

Un lien qu'établit aussi le quotidien de gauche *Frankfurter Rundschau* (http://www.fr-online.de/bundestagswahl---hintergrund/bundestagswahl-leitartikel-merkel-ist-nicht-die--kanzlerin-fuer-alle-,23998104,24404[illegible]) :

> *"Il y a plein de r[illegible]s pour considérer que le succès d'Angela Merkel tire profit de sa gestion de la crise. Les turbulences permanentes ont déterminé pendant les dernières années le climat dans lequel M^{me}Merkel a pu mettre à profit ses qualités : son calme, sa maîtrise, sa vitesse de réaction – et sa capacité à vendre des décisions comme étant* "sans alternative"*."*

Le journal exige un changement de politique d'Angela Merkel :

> *"L'Allemagne, comme pays exportateur, ne peut pas continuer de cette manière, en imposant des programmes d'austérité brutale à ses partenaires. Ce n'est pas seulement immoral, cela empêche la reprise des exportations".*

CHANGEMENT DANS LA POLITIQUE DE CRISE?

Sur son site l'hebdomadaire *Die Zeit* (http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-09/bundestag-wahl-merkel-spd-gruene-kommentar) considère le résultat des élections comme la fin de la politique du *"continuer comme ça".* La *Zeit* estime qu'une éventuelle coalition de la CDU avec le SPD pourrait changer la politique européenne de la chancelière :

"*Traditionnellement les socio-démocrates sont plus sensibles aux questions internationales que la CDU. S'ils font partie du nouveau gouvernement, la ligne dure d'austérité de Mme Merkel prendra fin".*

L'hebdomadaire conservateur *Focus* (http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/neue-risiken-fuer-den-steuerzahler-nach-der-wahl-kehrt-die-schuldenkrise-mit-macht-zurueck_aid_1108871.html) estime, lui, qu'après les élections, Angela Merkel ne changera pas sa gestion de la crise : *"Le credo que toute aide aura des conditions se maintiendra"*, écrit *Focus* sur son site. La chancelière peut *"considérer les résultats du scrutin comme une confirmation de cette stratégie"*, estime *Focus*.

INFLUENCE INCERTAINE DU PARTI ANTI-EURO AFD

Bild, le plus lu des tabloïds allemands prédit que la politique de gestion de la crise sera influencée par le parti anti-euro Alternative pour l'Allemagne (AfD) : *"L'AfD changera le paysage politique. Le sauvetage de l'euro à la manière de M^{me}Merkel sera encore plus difficile."* L'AfD – créé en février 2013 par le

professeur d'économie Bernd Lucke – était crédité de 4,7 % des voix au scrutin fédéral allemand, mais n'a finalement pas réussi à dépasser la barre des 5 % nécessaires pour entrer au Bundestag.

Ce qui n'empêche pas le quotidien de gauche *Tagszeitung* (http://www.taz.de/Kommentar-Bundestagswahl/!124240/) de se préoccuper de son influence :

> *"L'AfD est la face hideuse du nationalisme caché d'Angela Merkel par rapport à l'euro. Après son échec, en ne dépassant pas la barre des 5 %, le futur du parti est complètement incertain."*

Jana Kinne

"

La Hesse : un laboratoire pour les possibles coalitions en Allemagne

Le Monde.fr | 25.09.2013 à 10h32

Volker Bouffier (à droite), avec Angela Merkel, le 19 septembre 2013, à Fulda, dans le Land de la Hesse. | ODD ANDERSEN/AFP

Le 22 septembre, grande journée électorale en Allemagne, se déroulait une autre élection que celle qui a vu triompher Angela Merkel au niveau fédéral. Dans le Land de la Hesse, les Allemands ont aussi élu leur Parlement régional et, comme au niveau fédéral, les résultats sont caractérisés par l'absence d'un scénario clair pour la constitution d'une coalition. Avec une différence notable cependant, dans ce Land – un des plus riches d'Allemagne – situé dans le centre du pays, près de Francfort, une alliance du Parti social-démocrate (SPD), des Verts et de Die Linke n'est pas impossible, alors qu'elle est exclue à Berlin. Tout comme une coalition entre la CDU et les Verts, modèle qui permettrait à Angela Merkel, au niveau fédéral, de se passer du soutien des sociaux-démocrates.

Le SPD est plus fort dans cette région qu'au niveau fédéral. Lors des élections régionales du 22 septembre, le SPD, avec son candidat Thorsten Schäfer-Gümbel, a obtenu 30,7 % des voix. Comme dans toute l'Allemagne, l'Union chrétienne-démocrate (CDU) est arrivée en tête, avec 38,3 % des voix. Mais le parti de l'actuel ministre-président (chef du gouvernement d'un Land), Volker Bouffier, a perdu la majorité absolue qu'il avait avec le Parti libéral (FDP). Avec 5 % des voix, le FDP est entré de justesse au Landtag, le Parlement régional. Les Verts ont été crédités de 11,1 % des voix ; Die Linke, le parti de la gauche

radicale, a lui obtenu 5,2 % des voix.

Les coalitions traditionnellement privilégiées par les partis pendant la campagne sont impossibles avec ces résultats : la CDU ne peut pas continuer sa collaboration avec le FDP, et le SPD ne peut pas gouverner avec les Verts. Comme au niveau fédéral, il faut opter pour de nouvelles options de gouvernement. Volker Bouffier tente d'éviter à tout prix la formation d'une coalition qui réunirait le SPD, les Verts et Die Linke. En tant que représentant du parti majoritaire, il revendique le poste de ministre-président. Soit en coalition avec le SPD, soit avec les Verts. Une hypothèse que les Verts n'ont pas exclue dans la Hesse.

LE JEU DANGEREUX DU SPD AVEC DIE LINKE

Dans ce Land, toutefois, les relations entre la CDU et les deux partis de gauche, SPD et Verts, sont plus tendues que dans les autres régions. Ce qui complique la recherche d'un partenaire pour Volker Bouffier. Thorsten Schäfer-Gümbel avait déclaré pendant la campagne qu'une coalition entre la CDU et le SPD, avec Volker Bouffier comme ministre-président serait, pour lui, la *"peine maximale"*.

Ainsi, la collaboration des sociaux-démocrates avec Die Linke se pose une nouvelle fois. Inimaginable au niveau fédéral, mais les lignes sont plus mouvantes dans la Hesse. Thorsten Schäfer-Gümbel avait essayé d'éviter de prendre position avant les élections : en 2008, le prédécesseur de M. Schäfer-Gümbel, Andrea Ypsilanti, avait tenté de se faire élire à la tête d'un gouvernement minoritaire social-démocrate et Verts, avec l'appui de Die Linke. Mais quatre membres du SPD avaient refusé, reprochant à Mme Ypsilanti un manquement à son engagement de ne pas collaborer avec le parti de la gauche radicale. Face à l'impossibilité de former une coalition, de nouvelles élections avaient dû être organisées. Le choix des électeurs s'était alors porté sur la CDU, qui avait gouverné avec les libéraux. Aujourd'hui, le même cas figure se représente.

Une solution rapide à cette situation semble peu probable à court terme. La classe politique de la Hesse a quatre mois pour penser à de nouvelles configuration : le gouvernement actuel est en place jusqu'en janvier 2014.

Jana Kinne

Allemagne : les points cruciaux de la "grande coalition" entre la CDU et le SPD

Le Monde.fr | 26.09.2013 à 18h26 • Mis à jour le 27.09.2013 à 10h42

Duel télévisé entre la chancelière Angela Merkel (CDU) et son adversaire Peer Steinbrück (SPD), dimanche 1er septembre 2013. | AFP/MAX KOHR

Les points sur lesquels le Parti social -démocrate (SPD) et l'Union chrétienne-démocrate (CDU) ne transigeront pas dans le cas d'une "grande coalition" ne sont pas encore officiellement définis. La chancelière Angela Merkel n'a pas voulu se prononcer sur le sujet, lors d'une conférence de presse le 23 septembre, un jour après les élections. Et Sigmar Gabriel, le chef du SPD, soulignait dans son discours le même jour qu'il n'y avait *"aucune obligation* [pour son parti] *de former une grande coalition"*.

Mais même si le SPD adopte une posture défensive, la coalition entre les deux grands partis reste l'option la plus probable pour former un gouvernement en Allemagne . Après la victoire triomphale de la CDU (41,5 %), la chancelière a besoin d'un partenaire pour avoir une majorité au parlement et pour former un gouvernement stable. Les Verts, l'autre partenaire potentiel, qui se trouvent dans une période transitoire après avec de mauvais résultats (http://allemagne.blog.lemonde.fr/2013/09/25/le-nouveau-paysage-politique-4eme-partie-les-verts/) (8,4 %) et des démissions en cascade à la tête du parti.

Par ailleurs, le puissant chef de l'Union chrétienne-sociale (CSU), parti-frère bavarois de la CDU, Horst Seehofer s'est déjà prononcécontre une collaboration avec les Verts évoquant les grandes différences (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nein-zu-schwarz-gruen-seehofer-will-nur-grosse-koalition-a-924183.html) entre les deux partis.

Le SPD devait discuter vendredi 27 septembre, lors d'un congrès du parti, sur la possible "grande coalition". Dans le cas où la formation d'un gouvernement échouerait, et où de nouvelles élections seraient organisées, les sociaux-démocrates craignent (http://allemagne.blog.lemonde.fr/2013/09/24/le-nouveau-paysage-politique-2eme-partie-le-spd/) de perdre beaucoup de voix en faveur de la CDU. Les points suivants seront déterminants dans les négociations.

CONVERGENCES POSSIBLES

Smic : le SPD veut introduire un salaire minimum légal de 8,50 euros de l'heure. La mesure, qui concernerait 6,9 millions de salariés, était le point numéro un dans le programme de gouvernement (http://www.spd.de/presse/Pressemitteilungen/108358/20130829_steinbrueck_100_tage_programm.html) du candidat à la chancellerie Peer Steinbrück. La CDU, elle, vise à faciliter l'extension des conventions existantes.

Actuellement, les grilles salariales en Allemagne sont négociées par les partenaires sociaux au sein de chaque branche. Mais, en 2012, seuls 53 % des salariés dans les Länder de l'ancienne Allemagne de l'ouest et 36 % dans les nouveaux Länder (à l'Est), étaient couverts par une telle convention. La CDU exige un revenu minimum dans chaque branche, mais qui serait défini sectoriellement, par les partenaires sociaux. Un compromis entre les deux positions semble probable. La définition d'un smic par une commission indépendante comme en Grande-Bretagne pourrait être une solution.

Hausse d'impôts : SPD et Verts ont revendiqué pendant la campagne d'instaurer une hausse des impôts pour les plus aisés en Allemagne pour pouvoir investir plus dans les communes et l'éducation. Ce que la CDU avait toujours refusé. Néanmoins, après les élections, les conservateurs envisagent déjà une hausse du taux fiscal maximum (http://allemagne.blog.lemonde.fr/2013/09/26/la-cdu-deja-prete-a-augmenter-les-impots/) - actuellement de 42 % à 49 %. Une mesure déjà contestée par l'aile droite du parti et la CSU. Une entente demeure néanmoins possible avec le SPD s'il renonce à l'instauration d'un impôt sur la fortune.

Energies vertes : en terme de politique intérieure, le passage aux énergies renouvelables (http://abonnes.lemonde.fr/planete/article/2013/09/18/en-allemagne-les-partis-se-divisent-sur-le-soutien-aux-energies-vertes_3479687_3244.html?xtmc=en_allemagne_les_partis_se_divisent_sur_le_soutien_aux_energies_vertes&xtcr=2) (*Energiewende*) a été la réforme la plus importante d'Angela Merkel. Si tous les partis s'accordent sur le bien fondé de la sortie du nucléaire , les modalités du processus ne font pas consensus. Beaucoup d'Allemands s'inquiètent notamment de la hausse de leur facture d'électricité. La CDU et le SPD sont d'accord sur le maintien des exonérations dont bénéficient les entreprises et l'utilisation des centrales au charbon, ce que les Verts critiquent. Autre point d'achoppement, la baisse de l'impôt sur l'électricité que le SPD veut et que la CDU refuse.

Retraites : les deux partis sont en principe attachés à la retraite à 67 ans. Mais le SPD veut flexibiliser l'âge de départ en retraite. La CDU et le SPD envisagent d'améliorer la situation des mères dont les enfants sont nés avant 1992. Jusqu'à présent ce groupe était défavorisé. Le SPD se bat pour une "retraite solidaire" de 850 euros pour tous ceux qui, bien qu'ayant travaillé, ne perçoivent pas ce montant. La CDU a des positions similaires.

Politique européenne : si le SPD souhaite un accompagnement plus solidaires et à plus pérenne pour les pays en difficulté, le parti a toujours soutenu toutes les lois initiées par la CDU. La chancelière pourrait ainsi continuer à mener sa politique de sauvetage de l'euro, accompagnée de mesures d'austérité. Le SPD revendique par ailleurs l'instauration d'un système de mutualisation de la dette des Européens, dont la réalisation semble improbable avec la chancelière. Mais à la tête d'une "grande coalition" et sans les libéraux, qui agissaient parfois de manière populiste en matière de la politique européenne, Mme Merkel pourrait laisser un peu plus de temps aux pays en crise pour atteindre leurs objectifs. Enfin, une augmentation des moyens pour lutter contre le chômage des jeunes est envisageable, comme l'a déjà revendiqué le président du Parlement européen et membre du SPD, Martin Schulz (http://www.spiegel.de/politik/deutschland/nach-bundestagswahl-spd-fordert-von-merkel-neue-europapolitik-a-924077.html%20) .

Travail intérimaire : le SPD veut renforcer les lois concernant le travail temporaire et interimaire et revendique *«le même paiement pour le même travail»*. La CDU n'a pas de position précise là-dessus et défend les répercussions positives d'un marché du travail flexible. Là encore, un compromis entre conservateurs et sociaux-démocrates est probable. Angela Merkel a déjà signalé à la mi-septembre qu'elle souhaite encadrer la durée du travail intérimaire (http://www.zeit.de/wirtschaft/2013-09/leiharbeit-merkel-arbeitsmarkt) .

Répartition des ministères : Johannes Kahrs, membre du SPD, a exigé mercredi 25 septembre, la moitié des ministères, dont celui des finances (il est invraisemblable que son titulaire actuel, Wolfgang Schäuble (CDU), renonce à son poste) pour le SPD. Que la CDU satisfasse cette exigence est peu probable. Mais le SPD peut espérer quand même obtenir plus de postes que son faible scrutin - 25,7% - ne l'y autorise.

DIVERGENCES

Politique familiale : la politique familiale est un sujet clivant entre les deux partis. Le soutien à la famille traditionnelle est un marqueur du parti conservateur. Le SPD a toujours critiqué le *«Betreuungsgeld»* ("argent de prise

en charge"), qui subventionne les parents qui souhaitent s'occuper de leur enfant de moins de six ans à domicile, avec 150 europs par mois. Le SPD veut, lui, investir plus d'argent pour améliorer les structures de prise en charge des jeunes enfants. Il est pourtant peu vraisemblable que le chef de la CSU, Horst Seehofer, renonce à son projet phare. Les couples de même sexe peuvent signer en Allemagne un *«eingetragene Lebenspartnerschaft»*, équivalent du PACS. Un point crucial est le droit à l'adoption pour les couples homosexuels. Pendant la campagne, dans un débat télévisé, la chancelière avait refusé une égalité complète des droits sur cet aspect. Pour le SPD, c'est impératif.

Santé publique : le SPD veut abolir le système mixte entre assurance maladie publique et privé, que la CDU veut préserver.

Double nationalité : à ce jour, la CDU refuse ce principe. Les enfants d'immigrés nés en Allemagne ont ainsi jusqu'à l'âge de 18 ans deux passeports, mais ils doivent choisir l'une des deux nationalités entre leur 18e et au plus tard 23e anniversaire. Les immigrés communautaire peuvent détenir deux passeports, comme c'est aussi le cas pour 3 millions de citoyens de l'ex-Union soviétique d'origine allemande. Les sociaux-démocrates veulent moderniser la législation et permettre la double nationalité.

Jana Kinne

Semra will lernen

Nur zehn Prozent der Roma-Kinder, die in illegalen Camps in Pariser Vorstädten leben, gehen in die Schule. Ein Ortsbesuch

Von Jana Kinne

Semra hat sich schön gemacht für diesen Tag. Eine Spange mit Strass glitzert in ihrem Haar, ihre Schuhe sind frisch geputzt, ihre Augen strahlen. „Ich freue mich“, sagt Semra. Was für andere Jugendliche in ihrem Alter eine Qual ist, ist Semras Ziel: in die Schule gehen, Lesen und Schreiben lernen und natürlich Französisch sprechen, die Sprache des Landes, in dem sie seit vier Jahren lebt. 15 Jahre ist Semra alt. Mit ihrer Familie wohnt sie in einem illegalen Roma-Camp im Pariser Vorort Bobigny, der zum Departement Seine-Saint-Denis, dem berüchtigten Problembezirk nahe der französischen Hauptstadt gehört.

In dem Camp leben mehr als 40 Roma-Familien, die der Armut entfliehen wollten

Heruntergekommene Wohnblocks begrüßen jene, die in Bobigny-Pablo Picasso, der Endhaltestelle der Metrolinie 5 aussteigen. „Bobigny – Die Zukunft vor sich“, steht auf der Front des Rathauses. Doch dort wo Semra wohnt scheint die Zukunft Jahrzehnte entfernt. Ein schlammiger Pfad führt in das Camp, in dem neben Semras Familie noch 40 weitere Roma-Familien leben, die aus Rumänien und Bulgarien nach Frankreich gekommen sind, um Arbeit zu suchen und der Armut zu entfliehen.

Als EU-Bürger können die Roma aus Rumänien und Bulgarien legal nach Frankreich einreisen. Aktuell ist ihr Zugang zum Arbeitsmarkt noch eingeschränkt, erst von Januar 2014 an gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Bisher finden sie auf dem angespannten französischen Arbeitsmarkt selten eine Stelle, und eine Wohnung können sie sich nicht leisten. So bleibt nur das Leben im selbstgezimmerten Lager, das viele dennoch der Armut und Diskriminierung in ihren Heimatländern vorziehen.

Gut versteckt hinter den Bahngleisen haben sich die Familien in Bobigny eingerichtet, haben ein Dorf geschaffen, in dem es nur so wimmelt von Dingen, die andere Müll nennen würden. Die Bewohner des Camps in Bobigny sortieren sie, um sie an Schrotthändler weiterzuverkaufen. Ein altes Klavier steht neben dem Gerippe einer Waschmaschine, Fahrradskelette lehnen an den Bretterwänden der Hütten und aus alten Wohnwägen qualmt der Rauch der kleinen Holzöfen, mit deren Hilfe die Familien den Pariser Winter überstehen wollen.

Die französische Regierung schätzt, dass landesweit rund 17000 Roma in 400 solcher Camps leben. 150 Lager soll es allein in der Region Île-de-France rund um Paris geben. Hier ist die Chance am größten, eine Arbeit zu finden oder auf den Prachtboulevards der französischen Hauptstadt ein paar Euros zu erbetteln.

Semra rennt Slavka Radenez entgegen, als diese sich zwischen flatternden Plastiktüten und Schrotthaufen ihren Weg ins Camp von Bobigny bahnt. Slavka Radenez, selbst Roma, ist ein Vorbild für viele der jungen Mädchen hier. Für die Organisation Aset 93 kommt Slavka Radenez ein bis zwei Mal im Monat ins Camp. Sie kümmert sich um die Einschulung der Kinder, kämpft dafür, dass auch hier das Recht auf Bildung eine Chance hat.

Oft scheitert ein Schulbesuch an den hohen Hürden für die Einschreibung

„Wie geht’s dir Slavka?“, „Kannst du mir mit meinem Antrag helfen?“, fragt ein Bewohner, als Slavka Radenez sich nähert. Schnell ein paar Zeilen ausfüllen, dann noch einen Blick in den von Karies gezeichneten Kiefer des Sohnes werfen, der auf einen Arzttermin wartet. Wenn Slavka Radenez die Familien besuchen kommt, dann hat sie alle Hände voll zu tun. Jeder will etwas von ihr, jeder hat Probleme. Und Slavka hilft, so gut sie kann. Doch viel Zeit hat sie nicht, denn eigentlich geht es ihr um etwas anderes: Sie will den Kindern des Camps einen Schulbesuch ermöglichen.

In dem improvisierten Dorf hinter den Bahngleisen wimmelt es nur so von Dingen, die andere Menschen als Müll bezeichnen würden. ALLE BILDER: JANA KINNE

Große Hilfe: Slavka Radenez.

Tristesse vor den Toren von Paris: das illegale Camp im Vorort Bobigny.

Recht auf Bildung ist für Roma-Kinder nicht selbstverständlich.

„Hier im Camp gehen 95 Prozent der Kinder in die Schule“, sagt Slavka Radenez. Insgesamt seien jedoch nur zehn Prozent der Roma-Kinder, die in Seine-Saint-Denis wohnen, eingeschult. Landesweit besuchen laut einem Regierungsbericht nur ein Drittel der Roma-Kinder, die in illegalen Camps leben, eine Schule. Obwohl alle Kinder von sechs bis 16 Jahren, die in Frankreich wohnen, schulpflichtig sind. Der Rest fällt durch das Netz, meldet sich nie an oder scheitert an den hohen Hürden für die Einschreibung. So müssen die Familien beispielsweise eine feste Adresse angeben. Unmöglich, wenn man in einem illegalen Camp wohnt und nicht von einer Organisation wie Aset 93 unterstützt wird.

„Wir haben viel zu wenige Plätze“, seufzt Annick Ladenois, die für das Schulamt in Bobigny arbeitet. Die resolute Französin tut ihr Bestes, um den Roma-Familien beim Ausfüllen des Antrags zu helfen. Name, Alter, Nationalität, Länge des Aufenthalts in Frankreich, bisherige schulische Karriere, Französischkenntnisse – alles Infos, die Annick Ladenois für ihr Formular braucht. Slavka Radenez übersetzt für Semras Mutter, die Romanes und Türkisch spricht. Danach wird der Antrag weitergeleitet. „Ob und wann Semra einen Platz bekommen liegt nicht mehr in meiner Hand“, erklärt Annick Ladenois.

„In Bobigny geht es meist relativ schnell“, sagt Slavka Radenez. Nach einem Monat könne man mit einer Antwort rechnen. In anderen Gemeinden dagegen sträuben sich die Verantwortlichen, die Roma-Kinder einzuschulen. „Manchmal warten wir ein halbes Jahr auf eine Antwort“, erzählt Slavka Radenez.

Der Ton gegen die Roma hat sich unter sozialistischer Regierung verschärft

Ein halbes Jahr: Ein Zeitraum, in dem unendlich viel passieren kann. Immer wieder werden die Camps, in denen Roma-Familien vor den Toren von Paris leben, geräumt. Auch unter François Hollande hat sich diese Politik nicht geändert. Seit seinem Amtsantritt hat der sozialistische Präsident sogar mehr Lager räumen lassen als sein Vorgänger Nicolas Sarkozy, der 2010 von der EU-Kommission für seinen Umgang mit den Roma gerügt wurde.

„Der Ton gegen die Roma hat sich nochmals verschärft“, sagt Slavka Radenez. Der sozialistische Innenminister Manuel Valls attestierte den Roma jüngst mangelnden Integrationswillen. Statt als Armutsproblem würden die Roma-Slums als kulturelles Problem gedeutet, kritisiert Slavka Radenez. So gehe der Kreislauf von Räumungen und der Errichtung neuer Camps weiter. Die Arbeit mit den Familien, die häufig seit Jahren in Frankreich leben, würde fast unmöglich gemacht.

So ist auch das Camp in Bobigny, in dem Semra wohnt, ständig von einer Räumung bedroht. „Viele Eltern trauen sich nicht, ihre Kinder in die Schule zu schicken, weil sie Angst haben, dass in der Zwischenzeit etwas passieren könnte“, erzählt Slavka Radenez. Zudem fürchteten viele Eltern die Diskriminierung ihrer Kinder in der Schule und einen Verlust ihrer Identität. „Die Roma haben Angst vor den Franzosen und die Franzosen haben Angst vor den Roma“, sagt Slavka Radenez. Sie hat das Gefühl, gegen Windmühlen zu kämpfen.

Ein Jahr bleibt Semra Zeit, um zu lernen – dann endet ihre Schulpflicht

Immerhin, in Bobigny hat Slavka Radenez einen Erfolg erzielt: Semra wird ein Collège besuchen, sie wird in eine Klasse für Kinder, die kein Französisch sprechen, eingeschult werden. Dort soll sie Lesen, Schreiben und Rechnen lernen, wenn alles gut geht. Ein Jahr bleibt ihr dafür, dann endet ihre Schulpflicht.

Was unseren Schulen fehlt

Neue Struktur gefragt / Mangel an Personal und Material

Von Peter Struck

Im Jahr 2001 erlebte Deutschland seinen „Pisa-Schock“. Das war die erste Studie dieser Art, bei der unsere Neuntklässler nicht gut abschnitten, nachdem die deutschen Schulen 150 Jahre als die besten der Welt galten. Jetzt erschien die fünfte, gemessen 2012. Viermal schnitt Finnland ganz oben ab. Da aber alle drei Jahre andere Länder teilnehmen, stehen dieses Mal vier asiatische Regionen an der Spitze, die eher nicht erstrebenswerte „Paukschulen“ haben, in denen es nicht unbedingt um so etwas wie Bildung geht, wie überhaupt Kritiker solcher Studien beklagen, dass noch nie ein ästhetisch-kultureller Aspekt vermessen wurde.

Die Ergebnisse der Pisa-Studie spiegeln nach wie stark die soziale Herkunft wider

Deutschland ist seit dem ersten Messen permanent besser geworden. Allerdings spiegeln die Ergebnisse nach wie vor die soziale Herkunft der Jugendlichen eher wider als so etwas wie Begabung oder Intelligenz. Der Deutschlandfunk kommentierte dazu, man wisse nicht, woran das liegt, aber das stimmt nicht.

Die jahrhundertelang bewährte Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft, mit der die Familie erzog und die Schule bildete, funktioniert heute bei der Mehrheit unserer Kinder nicht mehr. Der Bildungsauftrag der Schule braucht einen breiteren erzieherischen Rahmen, damit er wieder funktioniert. Das heißt, dass Schule statt mit sechs Jahren mit fünf beginnen muss, weil wir immer mehr durch ihre Eltern früh geförderte Kinder haben, die unterfordert sind, wenn sie nicht eher eingeschult werden, und noch mehr vernachlässigte Kinder, die auch früher eingeschult werden müssen, weil die Eltern erzieherisch überfordert sind. Vorweg müsste es wie in den Niederlanden, in Luxemburg und in vielen skandinavischen Regionen eine zweijährige Vorschule geben, in der Kinder mit Spiel, Bewegung, Sprache und vielen Materialien gefördert werden.

Ein breiterer erzieherischer Rahmen bedeutet aber auch eine rhythmisierte gebundene Ganztagsschule, zumal Deutschland zur Zeit immer noch die dicksten Lehrpläne der Welt hat. Erfolgreiches Lernen braucht nämlich Zeit, Üben, Anwenden, sechsmaliges Wiederholen und den Wechsel von Anspannung und Entspannung. Deshalb sind offene Ganztagschulen auf Dauer nicht sinnvoll, weil die Schüler sie mittags verlassen oder bis etwa 16 Uhr bleiben können, so dass solche Schulen gezwungen sind, das, was für alle wichtig ist, am Vormittag anzubieten Mit der Folge, dass alles, was am Nachmittag liegt, aus der Sicht der Schüler eher unwichtig ist.

Das Hauptproblem der Mehrheit der heutigen deutschen Ganztagsschulen ist allerdings, dass sie sowohl materiell als auch personell immer noch zu schlecht ausgestattet sind. . Finnische Schulen lassen sich daher so gar nicht mit den deutschen vergleichen, denn dort sind die Klassenfrequenzen kleiner, die Lernmaterialien zahlreicher, und es sind immer zwei bis drei Pädagogen zugegen, darunter auch Sonderschullehrer, die bereits in der Vorschule erfolgreich beginnen, mitgebrachte Defizite einzelner Schüler mit noch relativ geringem Aufwand zu kompensieren. Die finnische Gemeinschaftsschule ist Lebensmittelpunkt sowohl der Schüler als auch der Lehrkräfte, die viel weniger Wochenstunden unterrichten als die Lehrer bei uns in der immer noch vorherrschenden Halbtagsschule – und die deshalb einzelnen Kindern nach Schulschluss Nachhilfe geben können, die zusätzlich von der Kommune bezahlt wird. Außerdem: In Deutschland gelangt man aufgrund einer Abiturdurchschnittsnote ins Lehrerstudium, in Finnland hingegen aufgrund von vorweg ermittelten Persönlichkeitsmerkmalen.

Wenn das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen der Berliner Humboldt-Universität (IQB) irgendwann einmal in den Wissensanteilen entrümpelte, dafür aber im Können angereicherte Lehrpläne vorlegt, dann besteht nicht nur Hoffnung auf bundeseinheitliche Standards, mit denen Familien wieder ohne Verlust eines Schuljahres innerhalb Deutschlands umziehen können. Dann erübrigt sich hoffentlich auch die aktuelle leidige G8-/G9-Debatte. Mit der Vorverlegung des Abiturs wollte Deutschland sich internationalen Gepflogenheiten anpassen, was nun allerdings an G8-Gymnasien bedeutet, dass Fünftklässler bis zu 50 Wochenstunden für die Schule arbeiten müssen. In Hessen gibt es wie in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg sowohl G8- als auch G9-Gymnasien im Angebot, mit der Folge, dass die G8-Gymnasien ebenso gut angenommen werden wie die G9-Gymnasien und die Gesamtschulen, die zum Abitur in der Klasse 13 führen. In Hamburg gibt es nach der Grundschule nur noch Stadtteilschulen, die das Abitur in der Klasse 13 anbieten, und Gymnasien, die das Abitur in Klasse 12 abnehmen.

Nun hat sich in der Hansestadt eine „Volksinitiative für die Wiedereinführung des G9 an Hamburger Gymnasien mit Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 gegründet, die über eine Petition, für die gerade Unterschriften gesammelt werden, politische Weichen stellen möchte. Sie verweist darauf, dass 80 Prozent der Eltern ein G9-Gymnasium und nur 17 Prozent G8 wünschen. Und sie beklagt, dass die bisherigen G8-Gymnasien Ganztagschulen ohne sinnvolle Struktur seien.

Leider geht es bei solchen Aktionen auch allzu oft um den Kampf für den Erhalt von Privilegien unter dem Motto „Mein Kind soll seine Zukunftschancen nicht mit besser geförderten Schmuddelkindern teilen“, was eindeutig gegen das zunehmend wichtiger werdende Integrationsgebot unserer Gesellschaft gerichtet ist. Denn mit einem gleichzeitigen Angebot von G8- und G9-Bildungsgängen an Gymnasien werden den Gesamt-, Gemeinschafts- und Stadtteilschulen viele der für ihr Gelingen so wichtigen leistungsstarken Schüler entzogen.

Statt Zustände nur halbherzig zu ändern, sollte man sie lieber belassen

Die schleswig-holsteinischen Gemeinschaftsschulen und die Hamburger Stadtteilschulen haben nämlich bislang durchaus viele intelligente Schüler, deren Eltern ihrem Kind ein Jahr mehr Zeit auf dem Weg zur Hochschulreife gönnen. Mit einem G9-Angebot an Gymnasien würden diese Kinder jedoch wieder von vornherein zum Gymnasium gemeldet werden.

Es ist also so wie immer: Gute Dinge gelingen, wenn man sie gut macht. Wenn man jedoch nur halbherzig in die Zukunft zu gehen bereit ist, wäre es besser, es so zu belassen, wie es immer war. Inklusion, Ganztagsschulen und G8-Gymnasien können nur gedeihen, wenn sie optimal materiell und personell ausgestattet werden. Vor allem daran mangelt es im Moment im reichen Deutschland.

Peter Struck ist Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Hamburg.

Die Volksinitiative Hamburg fordert G9 für Hamburg. DPA